

Das Wochenmagazin der SPÖ



Aktuelle

„Österreich 2020“ -
Gastkommentar zur Klimapolitik
von Wolfgang Mehl

16. Juli 2010 - Nr. 27 - 0,73 Euro

Regierung Faymann - Halbjahresbilanz 2010

Viel erreicht für Österreich!

Die Sommerpause des Nationalrats bietet sich traditionell an, um Bilanz zu ziehen und auf das letzte politische Halbjahr zurückzublicken. Die SPÖ-geführte Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann konnte seit Jahresbeginn für die Österreicherinnen und Österreicher viel erreichen – trotz der schwierigen Voraussetzungen aufgrund der nach wie vor anhaltenden Wirtschaftskrise.

Die SPÖ konnte mit ihren besseren Argumenten und Vorschlägen überzeugen – auch den Koalitionspartner. Maßnahmen wie die Mindestsicherung, die Einkommenstransparenz, die gesetzliche Regelung für die Gruppenpraxen und die Stärkung der ambulanten Versorgung zeigen eine klare sozialdemokratische Handschrift.

Im Zentrum des politischen Herbsts wird die Budgeterstellung stehen – auch hier wird die SPÖ als politischer Motor dafür sorgen, dass soziale Gerechtigkeit die Basis der Regierungs-Beschlüsse bildet.

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern einen erholsamen Sommer, damit wir im Herbst gemeinsam durchstarten können!

Eure Redaktion

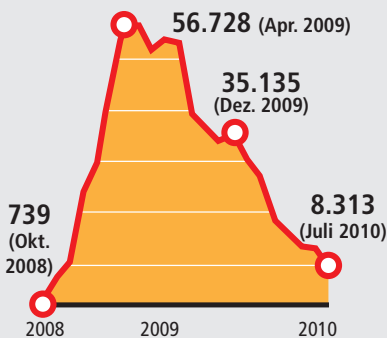
Highlights der Woche

Halbjahresbilanz	4
Interview mit Bundeskanzler Werner Faymann	5
Wehrpflicht	7
Interview mit Verteidigungsminister Norbert Darabos	7
Europapolitische Bilanz	8
„Österreich 2020“-Gastkommentar zur Klimapolitik von Wolfgang Mehl	14

THEMEN DER WOCHE

Nur noch wenig Kurzarbeit

Zahl der Personen in Kurzarbeit



Gute Auftragslage: Kurzarbeit geht zurück

Sie hat sich am Höhepunkt der Krise als Mittel bewährt, die Menschen in Beschäftigung zu halten. Jetzt ist die Kurzarbeit dank der guten Auftragslage der Unternehmen deutlich zurückgegangen. Anfang Juli sind nur mehr 8.313 Personen in Kurzarbeit, im April 2009 gab es dagegen noch 56.728 Kurzarbeiter.

Neues Gesetz bringt Verbesserungen im Tierschutz

„Dieses Gesetz ist eine Stärkung für den Tierschutz“, so SPÖ-Tierschutzsprecher Dietmar Keck zur im Nationalrat beschlossenen Novelle des Tierschutzgesetzes. Mit der Novelle werden weitere Verbesserungen im Bereich des Vollzugs des Gesetzes und bei der Tierhaltung umgesetzt. Die Arbeit des Tierschutzrates wird durch Arbeitspläne und klare Aufträge effizienter gemacht und Regelungen zur Ausbildung und zum Verhaltenstraining von Hunden geschaffen.



Grebe

Gesundheitsminister Alois Stöger

Mehr Wahlfreiheit bei Anbau von Gen-Pflanzen

Der für Gentechnik zuständige Gesundheitsminister Alois Stöger bezeichnet den Vorschlag der EU-Kommission, der künftig mehr Wahlfreiheit in der Entscheidung eines Landes für oder gegen die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen bringen soll als „großen Erfolg für Österreich“. „Ich freue mich, dass die Kommission unseren Bedenken nun endlich Rechnung trägt“, so Stöger, der daran erinnert, dass er einen derartigen Vorschlag schon vor einem Jahr an die Kommission übermittelt hat. Österreich werde bei seiner bisherigen Haltung in Abstimmungen bleiben. „Trotz des Selbstbestimmungsrechts werden wir weiterhin gegen die Zulassung von Gen-Sorten stimmen, wenn wir begründete Bedenken haben“, so Stöger.

Zitat der Woche

„Wir wissen, dass wir in der Krise richtig agiert haben: Wir haben die Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt und gleichzeitig die Wirtschaft und den Export angekurbelt.“

Bundeskanzler Werner Faymann bei der Präsentation des Wirtschaftsberichts 2010

Kino auf Rädern: Schau'n Sie sich das an!

Die Idee stammt von Kulturministerin Claudia Schmied und sie ist ein voller Erfolg: Das „Kino auf Rädern“ tourt durch Österreichs Gemeinden – und zeigt heimische Filme vom Feinsten.

Claudia Schmied war es, die das Motto für „Kino auf Rädern“ ausgegeben hat: „Kommen die Menschen nicht zum heimischen Film, dann kommt der Film zu den Menschen“. Seit Mai läuft die vom Österreichischen Filminstitut und vom Gemeinde-

bund unterstützte Initiative, bei der in Gemeindesälen, Wirtshäusern und Veranstaltungsorten das Beste vom österreichischen Film gezeigt wird. Das Spektrum reicht u.a. von „Freispiel“ über „Komm, süßer Tod“ bis zum Oscar-prämierten Film „Die Fälscher“. Über 100 Gemeinden in ganz Österreich haben sich bereits für das Wanderkino angemeldet.

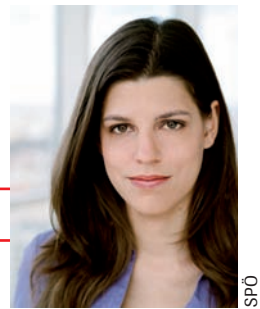
Beste Stimmung bei „Kino auf Rädern“ auch in Bad Häring. Im Bild: Kulturministerin Claudia Schmied und Bürgermeister Hermann Ritzer.



picturedesk

WEBTIPP

Alle Informationen, aller Termine und alle Filme auf www.kinoaufraedern.at



STANDPUNKT

Demokratie ist alternativlos

In regelmäßigen Abständen wiederholt es sich: das Politiker-Bashing. Was sich hinter diesem Namen verbirgt, ist nichts anderes, als der Versuch, einen ganzen Berufsstand in Bausch und Bogen zu verunglimpfen. Als Auslöser dafür reicht meist ein einzelner Anlassfall – und schon wird der gesamte Berufsstand durch die Medien und die öffentliche Meinung geprügelt.

Nicht, dass es zu Missverständnissen kommt: Sowohl ich als auch jeder andere Politiker muss politische Kritik aushalten, sie Ernst und sich im Idealfall auch zu Herzen nehmen. Es gibt keinen Grund zur Wehleidigkeit, aber es gibt Gründe, einer schleichenden Entpolitisierung der Gesellschaft entgegenzutreten. Die ist brandgefährlich, weil mit Pauschalverurteilungen und Verunglimpfungen auch unsere Demokratie in Frage gestellt wird. Und den Weg für jene ebnet, die die Demokratie am liebsten abschaffen würden. Wir dürfen ein Wiedererstarken von autoritärem Gedankengut, ein Abschaffen der Grundrechte und demokratischer Mitwirkungsrechte, nicht zulassen. Wir brauchen keinen so genannten starken Mann. Wir brauchen all die Frauen und Männer, die im Dienste der Demokratie, im Dienste der Republik (der „res publica“, also der öffentlichen Sache) tagtäglich ihr Bestes geben. Denn es sind diese Frauen und Männer in den Gemeinden, auf Länder- und auf Bundesebene, die mit ihrer Arbeit jeden Tag für Verbesserungen sorgen.

Weil es ums Gemeinwohl, um Demokratie und um Verbesserungen für die Menschen geht, dürfen wir es nicht zulassen, dass einzelne schwarze Schafe, denen es ausschließlich um den persönlichen Vorteil geht, den Anlass bieten, alle Politiker über einen Kamm zu scheren. In jeder Berufsgruppe gibt es schwarze Schafe. Völlig gleich, ob in der Politik, im Gesundheitswesen, der Medienwelt oder der Justiz. Faule und Fleißige sowie Ehrliche und Unehrliche finden sich überall.

Damit wir uns richtig verstehen: Jeder einzelne Anlassfall, jede einzelne Verfehlung eines Politikers ist eine zu viel. Die Politik darf kein einziges schwarzes Schaf in ihren Reihen dulden. Die Menschen verlangen von uns völlig zu Recht Ehrlichkeit und Transpa-

renz. Werte, die von ehemaligen Spitzenpolitikern und Lobbyisten offenkundig mit Füßen getreten wurden und deren Namen im Zusammenhang mit fast täglichen neuen Enthüllungen die Zeitungen füllen. Noch heute muss sich die unabhängige Justiz mit den Verfehlungen und der Misswirtschaft der schwarz-blau-orangen Zeit herumschlagen.

Die Skandale rund um die BUWOG-Privatisierung und die Hypo Alpe Adria in Kärnten müssen restlos und ohne Rücksicht auf die gesellschaftliche Position der Betroffenen aufgeklärt werden. Die Schuldigen müs-



Auf allen politischen Ebenen – vom Gemeinderat bis zum EU-Parlament – kämpfen engagierte Männer und Frauen für Verbesserungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Pauschale Verurteilungen helfen niemandem.

sen mit aller Härte des Strafrechts verfolgt werden, denn es darf nicht einmal der Schatten eines Zweifels zurückbleiben. Das sind wir den Menschen schuldig, die darauf vertrauen, dass es jedem verantwortungsvollen Politiker darum geht, das Beste für die Menschen und das Land zu erreichen.

Völlig gleich wie sich diese Fälle entwickeln mögen, sie tragen zu einem massiven Vertrauensverlust der Politik bei und schaden somit unserer Demokratie. Einige schüren das Bild der „korrupten Politiker“ aber bewusst um die gesellschaftliche Unsicherheit für ihre Zwecke nutzen zu können. „Politiker-Bashing“ und die damit ver-

„Die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, ausgenommen alle anderen.“

Winston Churchill

bundenen Entpolitisierungs-Erscheinungen nützen jenen, die die Politik nicht „brauchen“. Und das sind nicht die Arbeitnehmer, nicht jene, die sich auf einen funktionierenden Sozialstaat und ein staatlich finanziertes Gesundheitssystem verlassen müssen; es sind jene, die die Politik nicht brauchen, die es sich selber richten und auf gewerkschaftliche und staatliche Einmischung gut verzichten können, weil sie die Profiteure der Ellbogengesellschaft sind. Bei den Folgen von Entpolitisierung und Entdemokratisierung gibt es nur wenige Gewinner, aber viele Verlierer.

Verallgemeinerungen gegen die Politik spiegeln jedoch in keinsten Weise die Realität wider. Auf allen politischen Ebenen – vom Gemeinderat bis zum EU-Parlament – kämpfen engagierte Männer und Frauen für Verbesserungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Pauschale Verurteilungen helfen niemandem und schon gar nicht dem Bestreben, unsere Gesellschaft weiterzuentwickeln. Sie helfen ausschließlich denjenigen, die mehr Kontrolle und mehr Regulierung um jeden Preis verhindern wollen.

Eine Repolitisierung der Gesellschaft wird notwendig sein, wenn wir nachhaltig unsere Demokratie festigen und weiterentwickeln möchten. Selbstverständlich ist es wichtig, politische Prozesse und Akteure genau zu beobachten, kritisch zu hinterfragen und Missstände deutlich aufzuzeigen und zu kritisieren. Pauschalverurteilungen haben damit aber nichts zu tun.

Eine Repolitisierung der Gesellschaft wird notwendig sein, wenn wir nachhaltig unsere Demokratie festigen und weiterentwickeln möchten. Selbstverständlich ist es wichtig, politische Prozesse und Akteure genau zu beobachten, kritisch zu hinterfragen und Missstände deutlich aufzuzeigen und zu kritisieren. Pauschalverurteilungen haben damit aber nichts zu tun.

HALBJAHRESBILANZ 2010

SPÖ ist die treibende Kraft der Regierung

Lehmann

Lässt man die letzten Monate Revue passieren, so ergibt sich das klare Bild, dass die SPÖ in der Regierungskoalition unter Werner Faymann die überzeugende Kraft ist und viel für die Menschen in Österreich erreichen konnte.

„Wir zählen in Europa zu den Wenigen, die auch in schwierigen Zeiten nicht auf die sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte verzichten.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Ein guter Kompromiss kann nur dann entstehen, wenn man vorher genau weiß, was man will, wenn man eine klare Haltung hat und wenn die Leute spüren: Die kämpfen auch darum“, hatte SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann in seiner Rede am Bundesparteitag erklärt. Diese Worte sind Programm. Denn das politische Halbjahr vor der traditionellen Sommerpause von Regierung und Nationalrat war geprägt von Regierungsbeschlüssen, die auf eine Initiative der SPÖ zurückgehen, oder bei denen die SPÖ den Koalitionspartner mit den besseren Argumenten, allen voran dem der Gerechtigkeit, überzeugen konnte.

Konkret begann das Jahr 2010 bereits mit dem Inkrafttreten von zwei wichtigen

familienpolitischen Maßnahmen, für die die SPÖ lange gekämpft hat und die ÖVP schließlich mit ins Boot holen konnte: Das einkommensabhängige Kindergeld und das kostenlose Kindergartenjahr.

Initiative für die Bankenabgabe

Ebenfalls im Jänner setzte Werner Faymann die Initiative für die Bankenabgabe. Nach mehr oder weniger offenem Widerstand seitens der ÖVP und der Banken konnte die SPÖ beim Bankengipfel überzeugen: Eine Arbeitsgruppe befasste sich nun mit der konkreten Umsetzung – die Ergebnisse sollen bei der Budgetkonsolidierung einfließen.

Punktation zum Bundesfinanzrahmen

Im März folgte die Punktation und im Mai der Beschluss zum Bundesfinanzrahmen 2011 bis 2014, der im Zeichen der Budgetkonsolidierung steht. Der vorliegende Budgetrahmen ist ein ausgewogener Mix aus einnahmen- und ausgabenseitigen

Maßnahmen. Je nach Ressort sollen im Jahr 2011 zwischen 1,3 und 3,55 Prozent des jeweiligen Budgets eingespart werden. Hier ist es der SPÖ gelungen, eine Übereinkunft mit dem Koalitionspartner darüber zu erzielen, dass die vier großen Zukunftsbereiche Bildung, Wissenschaft, Soziales und Forschung privilegiert behandelt werden.

ÖBFA-Novelle: Sichererer Umgang mit Steuergeldern

Im Juni wurde die Novelle zur Bundesfinanzagentur (ÖBFA), die den Schuldendienst des Bundes managt, beschlossen. Die ÖBFA soll künftig sicherer und weniger spekulativ unterwegs sein: Eine notwendige Reparatur einer blau-schwarzen Altlast, die zu enormen Spekulationsverlusten geführt hatte – die damals verantwortlichen Minister waren Grassner und Molterer.

Sozialpolitischer Meilenstein Mindestsicherung

Ebenfalls im Juni wurde die Mindestsi-

INTERVIEW

„Uns sind viele positive Maßnahmen gelungen“

Rück- und Ausblick: Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über sein Resümee des ersten Halbjahres 2010.

„Wer die Krise mit verursacht hat, soll auch einen gerechten Beitrag leisten. Beim Bundesparteitag haben wir dafür auch die richtigen inhaltlichen Weichen gestellt.“

„SPÖ Aktuell“: Herr Bundeskanzler, sind Sie mit dem Jahr 2010 bis jetzt zufrieden?

Werner Faymann: Zufrieden darf man als Regierungschef nie sein, aber es sind uns viele positive Maßnahmen für die Österreicherinnen und Österreicher gelungen. Wir zählen in Europa zu den Wenigen, die auch in schwierigen Zeiten nicht auf die Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte verzichten. Im Gegenteil: Der moderne Sozialstaat wird mit der Mindestsicherung ausgebaut, die Bildungsreform schreitet voran – immer mehr Eltern wollen ihre Kinder auf eine Neue Mittelschule schicken – und europaweit haben wir seit Juni die niedrigste Arbeitslosigkeit. Durch die Ausbildungsgarantie finden auch immer mehr junge Menschen ihren Platz am Arbeitsmarkt.

Thematisch stand auch das Thema Verteilungsgerechtigkeit im Vordergrund.

Faymann: Das ist die Kernkompetenz der Sozialdemokratie! Im Zuge der vergangenen Wochen und Monate konnten wir mit unseren konkreten Vorschlägen auch dem Koalitionspartner so manchen Input liefern. Ich erinnere zum Beispiel an die Einigung, eine Arbeitsgruppe damit zu beauftragen, Modelle der Bankenabgabe zu erarbeiten. Selbst für eine Reform der Stiftungsbesteuerung gibt es positive Signale aus der ÖVP. Das stimmt mich zuversichtlich. Viele Menschen, über alle Parteigrenzen hinaus, sagen mir in persönlichen Gesprächen – wenn es darum geht, dass die mehr zum Budget beitragen sollen, die auch mehr ha-



Jantzen

Bundeskanzler Werner Faymann kämpft für eine sozial ausgewogene Budgetkonsolidierung.

ben: „Bleibt’s am Ball, macht’s weiter so!“ Das ist gut und tut gut.

Stichwort Budget. Was wird uns nach dem Sommer erwarten?

Faymann: Die Budgetbegleitgesetze werden bis Oktober erarbeitet und zur Begutachtung vorgelegt. Darin werden die wesentlichen Maßnahmen zur Konsolidierung enthalten sein. Für den endgültigen Budgetbeschluss wollen wir noch möglichst exakte Wirtschafts- und Beschäftigungsprognosen abwarten – das empfehlen auch Wirtschaftsforscher. Bis dahin gilt es, den Koalitionspartner von der Notwendigkeit zu überzeugen, alle Maßnahmen auf ihre soziale Verträglichkeit zu prü-

fen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden auch weiterhin am Verursacherprinzip festhalten: Wer die Krise mit verursacht hat, soll auch einen gerechten Beitrag leisten. Beim Bundesparteitag haben wir dafür auch die richtigen inhaltlichen Weichen gestellt.

Aus aktuellem Anlass: Wie stehen Sie zur Wehrpflicht?

Faymann: Ich sehe wie der Bundespräsident und der Verteidigungsminister keinen Grund, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen und denke, dass sich dieses System in unserem Land bewährt hat, auch für Katastropheneinsätze und über den Zivildienst für das Sozialsystem. ♦

cherung auf den Weg gebracht, die wie geplant mit September 2010 in Kraft treten wird: 270.000 Menschen werden profitieren und Österreich nimmt damit eine Vorreiterrolle in der Armutsbekämpfung ein. Bei der Transparenzdatenbank war die Überzeugungsarbeit der SPÖ ebenfalls fruchtbar – nach einem Vorschlag des Bundeskanzlers kam der Durchbruch: Damit wird die volle Transparenz, auch im gesamten Agrar- und Wirtschaftsbereich, erreicht, wie von der SPÖ gefordert und Doppelgleisigkeiten können mit erfasst werden. Nun werden alle Transferleistungen in der Transparenzdatenbank aufgeführt werden, auch die der Bundesländer und Gemeinden.

Anonymisierte Einkommens-transparenz

Noch vor dem Sommer in Begutachtung ging der Gesetzesentwurf zur Einkommenstransparenz: Betriebe ab einer bestimmten Größe müssen künftig die durchschnittlichen Gehälter von Männern und Frauen gegenüber den Betriebsräten offen legen. Frauen können endlich bei schlechterer Bezahlung und offensichtlicher Benachteiligung wegen ihres Geschlechts mit Beweismitteln bei Gericht klagen.

Ambulante Versorgung gestärkt

Beschlossen wurde noch vor der parlamentarischen Sommerpause die Gesetzesnovelle zur Stärkung der ambulanten öffentlichen Gesundheitsversorgung. Das ist die größte Strukturreform im Gesundheitswesen der letzten Jahrzehnte. Oberstes Ziel des neuen Gesetzes ist es, die Versorgung der Patientinnen und Patienten zu verbessern.

Gut ausgestattete Gruppenpraxen oder Ambulatorien werden die Qualität der ambulanten medizinischen Behandlung deutlich steigern.

Arbeitslosigkeit gesunken – Maßnahmen der Regierung wirken!

Ein besonders positiver Erfolg, der in keiner Bilanz fehlen darf, sind natürlich die sehr erfreulichen Arbeitsmarktdaten vor dem Sommer: Erstmals seit Beginn der Krise ist die Arbeitslosigkeit in allen Bundesländern und Altersgruppen gesunken. Österreich hatte im Juni mit 4,0 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU. Das zeigt, wie wirksam die Maßnahmen der Regierung Faymann – die beiden Konjunkturpakete und die Arbeitsmarktpakete – sind.

Der Rückblick der Regierungsarbeit ist also dank der Initiativkraft der SPÖ als eindeutig positiv zu beurteilen. Wie sieht es mit dem Ausblick aus? Im Fokus des politischen Herbstes wird die Budgeterstellung stehen. Die SPÖ hat im Gegensatz zur ÖVP immer von gerechten einnahmenseitigen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung gesprochen: Wer die Krise mit verursacht hat, muss mitzahlen. Neben der Bankenabgabe fordert die SPÖ die Finanztransaktionssteuer, eine Steuer auf Vermögenszuwächse aus Finanzgeschäften und Finanzspekulationen, ein Ende der steuerlichen Absetzbarkeit für Managergehälter über 500.000 Euro, den Wegfall der Spekulationsfrist bei Aktiengewinnen, die Schließung von Steuerschlupflöchern und -privilegien und die Überprüfung des Steuerrechts für Stiftungen sowie eine Reform der Gruppenbesteuerung. Mehr und mehr ist Bewegung innerhalb der ÖVP in Richtung dieser einnahmenseitigen SPÖ-Vorschläge festzustellen. Auch in der Verteilungsdebatte ist bei der ÖVP endlich ein Bröckeln der Front zu erkennen: So hat ÖVP-Generalsekretär Kaltenegger jüngst erklärt, über eine höhere Stiftungssteuer sprechen zu wollen. Das zeigt, dass die Überzeugungsarbeit der Sozialdemokratie wirkt und Anlass dazu gibt, dem nächsten politischen Halbjahr mit Optimismus entgegen zu sehen. ♦

ZUM THEMA

Parlaments-Bilanz: Ein Drittel der Gesetze einstimmig

Hoch aktiv war nicht nur die Bundesregierung, sondern auch das Österreichische Parlament.



„Das Parlament arbeitet auf selber Augenhöhe mit der Regierung“, stellt SPÖ-Klubobmann Josef Cap fest.

SPÖ-Klubobmann Josef Cap verweist auf die fruchtbare parlamentarische Arbeit und sieht diese durch die Tatsache bestätigt, dass lediglich 15 von 128 Gesetzen ausschließlich durch die Stimmen der beiden Koalitionsparteien beschlossen wurden. Zu 43 Gesetzen gaben alle Parteien ihre Zustimmung und 70 Gesetze wurden durch zumindest eine Oppositionspartei unterstützt. Cap begründet dies damit, dass man bei vielen Materien „in einem konstruktiven Dialog“ mit der Opposition stehe und Kritik ernst nehme. Seit September 2009 wurden 40 Plenarsitzungen abgehalten, fast 200 Ausschuss- und Unteraus-

schusssitzungen, 13 Sitzungen des Untersuchungsausschusses, vier Parlamentarische Enqueten und es gab deutlich mehr als 3.000 schriftliche Anfragen. Weiters diskutierten die Abgeordneten über 21 Dringliche Anfragen und Anträge und nahmen im Plenum sowie in den Ausschüssen rund 60 Berichte in Verhandlung. Dazu kommen 10 Aktuelle Stunden, eine Aktuelle Europastunde, sieben Fragestunden, 23 Erste Lesungen und 16 so genannte Kurze Debatten. Die Abgeordneten fassten 128 Gesetzesbeschlüsse, genehmigten 39 Staatsverträge und zwei Vereinbarungen mit den Bundesländern. ♦

BUNDESHEER

Kein Aus für die Wehrpflicht mit der SPÖ

Die Diskussion um ein Ende der allgemeinen Wehrpflicht brandet wieder auf. Für die SPÖ ist klar: Ein Berufsheer wäre zu teuer und weniger effektiv.

Sowohl die Grünen als auch das BZÖ fordern das Ende der allgemeinen Wehrpflicht. Der Grün-Abgeordnete Pilz kündigt diesbezüglich sogar ein Volksbegehren an. Was Verteidigungsminister Norbert Darabos natürlich ernst nimmt: „Wir werden dann erklären, warum die allgemeine Wehrpflicht sinnvoll ist.“ Die wahren Interessen des Grün-Abgeordneten sind jedoch andere. Für SPÖ-Wehrsprecher Stefan Prähauser ist dieser Vorstoß „reine Augenauswischerei“. Pilz gehe es in Wahrheit um ein komplettes Abschaffen des Bundesheeres. Auch ein Berufsheer kommt für die SPÖ nicht in Frage. Eine Umstellung wäre mit enormen Mehrkosten verbunden, das Heeresbudget müsste auf 4,2 Milliarden Euro verdoppelt werden. Auch der Katastrophenschutz würde darunter leiden. Eine Abschaffung der Wehrpflicht würde letztlich auch ein Ende des Zivildienstes bedeuten. Für das



Tatic

Ein Abschaffen der Wehrpflicht kommt für die SPÖ nicht in Frage.

Sozial- und Gesundheitssystem entstünden Mehrkosten von mehr als 200 Millio-

nen Euro, wie die größten Betreuungsorganisationen vorgerechnet haben. ♦

INTERVIEW

„Bekenne mich klar zur Wehrpflicht“

Verteidigungsminister Norbert Darabos im „SPÖ Aktuell“-Interview über die Notwendigkeit der allgemeinen Wehrpflicht.

„SPÖ Aktuell“: Die allgemeine Wehrpflicht hat sich – wie der Bundespräsident, beide Regierungsparteien und die FPÖ betonen – bewährt. BZÖ und Grüne fordern hingegen eine Abschaffung der Wehrpflicht. Was sagen Sie dazu?

Norbert Darabos: Ich bekenne mich ganz klar zur allgemeinen Wehrpflicht und zu den verfassungsmäßig geregelten Aufgaben des Bundesheeres: Landesverteidigung, Auslandseinsätze und Katastrophenschutz. Mit einem Wegfall der Wehrpflicht wären die gesetzlichen Vorgaben nur mehr sehr eingeschränkt erfüllbar. Beispiel Katastrophenschutz: Wir können jetzt im Bedarfsfall innerhalb von kürzester Zeit mindestens 10.000 Soldatinnen und Soldaten mobilisieren, um der Bevölkerung Schutz und



Verteidigungsminister
Norbert Darabos

HBF Hilfe zu bieten. Bei einer Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht wäre das nicht mehr möglich – weil es dann keine Grundwehrdienste mehr gibt.

Welche Folgen hätte das Umstellen auf ein Berufsheer Ihrer Meinung nach?

Darabos: Die Aufbringung der für die Aufgabenerfüllung notwendigen Berufssoldaten und der Miliz würden mit einem Berufsheer wesentlich erschwert werden. In anderen Ländern mit Berufsheer rekrutiert die Armee mittlerweile auch in Gefängnissen. Zudem zeigen Berechnungen, dass uns ein Berufsheer mit gleichem Leistungsumfang doppelt so viel kosten würde wie bislang – also statt bisher zwei dann vier Milliarden Euro.

Der Grüne Peter Pilz will ein Volksbegehren initiieren.

Darabos: Das ist ein demokratisch legitimes Instrument, das ich natürlich sehr ernst nehme. Bei der Seriosität des Abgeordneten Pilz habe ich aber so meine Zweifel, ob das Volksbegehren tatsächlich ernst gemeint ist – immerhin hat er schon vor drei Jahren eines angekündigt.

Worin sehen Sie die Bedeutung der Wehrpflicht?

Darabos: Die Mischung aus Berufssoldaten, Grundwehrdienern und Miliz sorgt auch für eine gesellschaftliche Verankerung des Heeres und damit auch für demokratische Kontrolle. Die Wehrpflicht ist vor diesem Hintergrund auch als ein fester Bestandteil unserer Demokratie zu sehen. Darüber hinaus bringen Rekruten Fähigkeiten in die Streitkräfte ein, die für diese genutzt werden können. ♦

EU

Gemeinsam für Europa

Das SPÖ-EU-Team engagiert sich im Europäischen Parlament für mehr soziale Gerechtigkeit und kämpft für die richtigen Konsequenzen aus der Wirtschaftskrise.



Das EU-Parlament in Straßburg

Seit nunmehr einem Jahr ist die SPÖ mit vier Abgeordneten in Brüssel vertreten. Dabei übernehmen die SPÖ-EU-Abgeordneten auch wichtige Aufgaben für die sozialdemokratische Fraktion (S&D) und das EU-Parlament. Hannes Swoboda ist Vizepräsident und parlamentarischer Geschäftsführer der S&D-Fraktion sowie Mitglied in zahlrei-

chen Ausschüssen zu den Außenbeziehungen der EU. Jörg Leichtfried, SPÖ-EU-Delegationsleiter, ist fraktioneller Chefverhandler für Richtlinien zu den Nacktscannern. Evelyn Regner ist stellvertretende Vorsitzende im Rechtsausschuss, während die Kernkompetenz von Karin Kadenbach vor allem bei Umwelt- und Gesundheitsfragen liegt. ♦

INTERVIEW

„Wir brauchen eine Sozialunion“

In welche Richtung sich die Europäische Union entwickelt, wie sinnvoll der Einsatz von Nacktscannern ist und wie der Lobbyismus in Brüssel funktioniert beantwortete SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried im Interview mit „SPÖ Aktuell“.

„SPÖ Aktuell“: Herr Leichtfried, welches Resümee ziehen Sie nach einem Jahr als Delegationsleiter über das Engagement des SPÖ-EU-Teams in Brüssel?

Jörg Leichtfried: Es macht großen Spaß und wir merken auch im Kontakt mit den Menschen aus Österreich, dass die Bereitschaft, sich mit EU-Themen zu beschäftigen, wächst. Wir arbeiten als Team sehr eng und gut zusammen und bringen uns sehr intensiv in die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament ein.

Zieht die EU die richtigen Konsequenzen aus der Krise? Sind Besserungen zu erwarten?

Leichtfried: Dass die EU-Regierungen derzeit mehrheitlich von Konservativen durchdrungen sind, macht sich auch bei den Diskussionen über eine neue Finanzmarktarchitektur bemerkbar. Nur zögerlich erfolgen Schritte in die richtige Richtung. Die ersten Erfolge sind auch auf den Einsatz der EU-Parlamentarier zurückzuführen, die sich stets für eine strengere Regulierung der Finanzmärkte stark gemacht haben. Das Engagement von Bundeskanzler Werner Faymann für eine EU-weite Bürgerinitiative zur Finanztransaktionssteuer ist eine weitere wichtige Initiative, um da mehr Druck aufzubauen. Aus der Wirtschaftsunion muss eine Union der



Der Steirer Jörg Leichtfried führt die SPÖ-EU-Delegation in Brüssel an.

Menschen – eine Sozialunion – werden. Das brächte der EU sicherlich auch mehr Zuspruch.

Sie sind Chefverhandler der Fraktion bei den Nacktscannern. Was ist Ihre Aufgabe?

Leichtfried: Ich sehe mich in diesem Zusammenhang vor allem als „Aufpasser“, damit die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben. Gesundheit, Privatsphäre, Kosten und Effizienz stehen für mich im Vordergrund. Dass Bilder nicht

gespeichert, kopiert, gedruckt oder gesendet werden dürfen, ist für mich Grundvoraussetzung für eine vernünftige Lösung.

Wann kommen die Nacktscanner?

Leichtfried: Für Schnellschüsse bin ich sicher nicht zu haben. Die Europäische Kommission muss vor einer allfälligen Einführung Experten einbeziehen, um Gesundheitsrisiken ausschließen zu können. Persönlichkeitsrechte und Gesundheit dürfen nicht auf dem Altar der Sicherheitspolitik geopfert werden.

Stichwort Lobbyismus. Welche Rolle spielen die Interessensvertretungen in der EU wirklich?

Leichtfried: Jeder Abgeordnete ist im Laufe seiner Tätigkeit mit Interessensvertretern konfrontiert. Dazu gehören aber nicht nur Lobbyisten großer Industriesektoren, sondern beispielsweise auch Gewerkschafter, die sich um Arbeitnehmerrechte und soziale Gerechtigkeit bemühen. Hier gibt es aber ein Ungleichgewicht, da Banken und Industrie mit mehr finanziellen Ressourcen ausgestattet sind, um Lobbying zu betreiben. Was wir auf jeden Fall fordern, ist mehr Transparenz. Derzeit ist der Eintrag ins Lobbyisten-Register der EU freiwillig, hier braucht es eine Verpflichtung. ♦

KONSUMENTENSCHUTZ

Bures-Initiative gegen „Cold Calling“

Die gesetzlichen Vorkehrungen gegen unerbetene Werbeanrufe werden verschärft.



Rigaud

Infrastrukturministerin Doris Bures hat mit ihrem Entwurf die Grundlage gegen „Cold Calling“ geschaffen. Jetzt ist die ÖVP-Justizministerin gefordert, ähnlich strenge Regelungen im Konsumentenschutzgesetz zu schaffen.

Unverlangte Werbeanrufe sind in mehrfacher Hinsicht überaus problematisch und werden, wie sich in der Praxis zeigt, von unseriösen Firmen für die Vertragsakquisition oder das Erschleichen von Kundendaten und Kontonummern verwendet. Das soll nun ein Ende haben. Infrastrukturministerin Doris Bures schickte eine Novelle zum Telekommunikationsgesetz (TKG) in Begutachtung, um diese sogenannten „Cold Callings“ zu erschweren. Diese Änderung im TKG soll im

Zusammenwirken mit einer strengeren Regelung im Konsumentenschutzgesetz (KSchG) das „Geschäftsmodell“ des „Cold Calling“ wirksam einschränken. Das Regierungsprogramm ist hier eindeutig: „Verträge, die im Rahmen unerbetener Werbeanrufe geschlossen werden, sollen entweder nichtig oder bis zur schriftlichen Bestätigung durch den Kunden schwebend unwirksam sein.“ SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim betont daher: „Der Entwurf, den zuvor die ÖVP-Justizministerin vorgelegt hat,

schützt die Konsumenten nicht ausreichend – sie müssen die Folgen des Telefonterrors selber ausbaden und von den Verträgen aktiv zurücktreten.“ Mit den von Infrastrukturministerin Bures vorgeschlagenen Änderungen im TKG werden eindeutige und strenge Regeln für die Zustimmungserklärung normiert. Außerdem werden Anrufe mit unterdrückter Telefonnummer beim Telefonvertrieb untersagt. Und die Fernmeldebehörde soll bei Gefahr in Verzug Nummern sofort sperren können. ♦

INFO

Die Neuregelungen im Detail

- ▶ Ohne ausdrückliche, bewusste Zustimmung des Teilnehmers darf es keine Werbeanrufe geben
- ▶ Strenge Informationspflichten für Werbeanrufer und ihre Auftraggeber
- ▶ Die Wirksamkeit einer Zustimmungserklärung wird auf drei Jahre befristet
- ▶ Anonyme Werbeanrufe werden untersagt
- ▶ Nummernsperren bei Gefahr in Verzug

ARBEITSMARKT

Tourismus als „Jobmotor“ und Helfer aus der Krise

Erfreuliches gibt es aus der Tourismus- und Freizeitbranche zu berichten: Im Mai gab es bereits 4.981 Beschäftigte mehr als im Vorjahr und die Arbeitslosigkeit im Tourismus ist im Juni um 1,8 Prozent gesunken.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erweist sich der Tourismus als starker und verlässlicher Rückhalt der österreichischen Volkswirtschaft“, betonte Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer anlässlich einer Pressekonferenz. Die Tourismuswirtschaft bietet jährlich über 300.000 Menschen Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit im Tourismus ist im Juni im Vergleich zum Vorjahr österreichweit um 1,8 Prozent gesunken. Die Zahlen bestätigen, dass der Tourismus ein wichtiger und unverzichtbarer Jobmotor und Wachstumstreiber

in unserem Land ist. Er trägt dazu bei, dass wir in Österreich die Krise rascher überwinden werden als andere EU-Länder. „Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist im Tourismus, der keine klassische 5-Tage-Woche hat, besonders schwierig“, so SPÖ-Tourismussprecherin Heidrun Silhavy. Für Hundstorfer steht daher fest: „Um die hohe Beschäftigungsfluktuation zu reduzieren, muss die Ausweitung von Kinderbetreuungsstellen sichergestellt sein, um Frauen den schnellen Wiedereinstieg in ihren Beruf zu erleichtern.“ ♦

picturedesk



Im Juni dieses Jahres gab es 7.039 Menschen mit Wiedereinstellungszusage im Tourismus, das sind 9,3 Prozent mehr als im Vorjahr.

FRAUEN

Gleichbehandlungsgesetz wird novelliert

Es ist soweit: Nach der Einigung von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek mit den Sozialpartnern und der Industriellenvereinigung wird die Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz in der Privatwirtschaft in Begutachtung geschickt.

„Frauen werden für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt als Männer. Das wird ab kommendem Jahr aufhören.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Mit der Novelle haben Einkommensunterschiede ab 2011 ein Ende, aber auch gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung wird mit dem Gesetz vorgegangen. Im Folgenden die wichtigsten Änderungen, die noch heuer im Parlament beschlossen werden sollen:

1. Ab 2011 werden die durchschnittlichen Gehälter von Frauen und Männern offengelegt. Gestartet wird bei Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. 2012 müssen Betriebe mit mehr als 500 Arbeitnehmern die Gehälter offenlegen, ab 2013 jene mit mehr als 250 Arbeitnehmern und ab 2014 mit mehr als 150 Mitarbeitern.

2. Arbeitgeber und Arbeitsvermittler werden verpflichtet, bei Stellenaus-

schreibungen anzugeben, wie hoch das kollektivvertragliche Mindestentgelt ist und gegebenenfalls auf die Möglichkeit der Überzahlung hinzuweisen. Wird dagegen verstoßen gibt es beim ersten Mal eine Verwarnung durch die Bezirksverwaltungsbehörde und bei weiteren

Verstößen Geldstrafen bis zu 360 Euro.

3. Diskriminierungen außerhalb des Arbeitsplatzes sollen strenger bestraft werden.

4. Bei sexueller Belästigung wird der Mindestschadenersatz von derzeit 720 Euro auf 1.000 Euro angehoben. ♦



Mit der Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes haben die Einkommensunterschiede ein Ende. Auch gegen Diskriminierung wird verschärft vorgegangen.

KONSUMENTENSCHUTZ

Mehr Rechte für Flugpassagiere

SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier fordert die Ausweitung der Fluggastrechte.

Maier kritisiert, dass für Passagiere, die mit Airlines im Ausland fliegen, die ihren Sitz nicht in der EU haben, die Fluggastrechte-Verordnung derzeit nicht zur Anwendung kommt. Er fordert, dass die Fluggastrechte-Verordnung verschärft und die Fluglinien durch entsprechende Sanktionen gezwungen werden, diese Bestimmungen auch tatsächlich einzuhalten. Darüber

hinaus spricht sich Maier für eine „globale Lösung“ für die Fluggastrechte aus, denn ein „europäischer Alleingang ist auf Dauer eine Einbahnstraße“. ♦

Fluglinien sollen künftig weltweit von Passagieren belangt werden können.



Bilderbox

BUDGET

Finanzsektor und Spekulanten in die Pflicht nehmen

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder stellte im Ö1-Interview noch einmal die Positionen der SPÖ zur Budgetkonsolidierung klar.

Wir wollen, dass mit 1. 1. 2011 eine sozial gerechte und sozial ausgewogene Budgetkonsolidierung stattfinden kann“, betonte Schieder, der im Zuge der Budgetkonsolidierung „das Beste für Österreich“ herausholen möchte. Wichtig sei, dass „der Finanzsektor und die Spekulationen einen gerechten Beitrag leisten“. Die Vorschläge der SPÖ erfüllen den veranschlagten einnahmenseitigen Konsolidierungsbedarf: Bankenabgabe, Finanztransaktionssteuer, Spekulationssteuer, Vermögenszuwachsbesteuerung, Reformen bei der Stiftungs- und Gruppenbesteuerung und eine neue Art der Managergehaltsauszahlung. ♦

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder kämpft für eine sozial gerechte Budgetkonsolidierung.



Schedi

Erzählung

Der wiedergefundene Freund

Zwei 16-jährige Jungen besuchen die gleiche exklusive Schule in Deutschland. Zwischen den beiden entsteht eine innige Freundschaft. Ein Jahr später, 1933, ist die Beziehung zerbrochen.

„Er trat im Januar 1932 in mein Leben. Seither hat er daran teil. [...] Ich erinnere mich genau an den Tag und die Stunde, da ich diesen Jungen zum ersten Mal erblickte: Ursache meines größten Glückes und meiner größten Verzweiflung.“ Mit diesen Worten beginnt Fred Uhlmans Erzählung „Der wiedergefundene Freund“. Hans Schwarz, Sohn eines Arztes und einer der beiden Protagonisten, beschreibt die Freundschaft

zwischen ihm und Konradin von Hohenfels, dem Spross einer reichen Adelsfamilie.

In der bewegenden Erzählung erforscht Uhlman mit Zartheit und suggestiver Kraft die Gesetze der Freundschaft, die Widrigkeiten, die ihr gefährlich werden und sie zerstören können, sowie jene anderen Kräfte, die unzerstörbar Trennung, Enttäuschung, Verzweiflung und sogar den Tod überdauern. ♦

Roman

Ein fabelhafter Lügner

Joschi Molnár bleibt ein Rätsel. Der famose Fabulierer hat seinen Kindern etliche Versionen seines Lebens hinterlassen. Als sich die Kinder treffen, um Joschis hundertsten Geburtstag zu feiern, prallen Welten aufeinander.

Molnár hatte fünf Kinder mit fünf verschiedenen Frauen, verlor zwei Kinder und seine zweite Frau in Auschwitz, war Häftling in Buchenwald – und hinterließ ein Vermächtnis aus phantastischen Geschichten und faustdicken Lügen. Dreißig Jahre nach seinem Tod bringt sein Geburtstag die Geschwister zum ersten Mal zusammen. Was folgt, ist ein Wochenende voller Überraschungen, Streitereien, Geständnissen und

Gelächter. Als eine seiner Töchter einen illegalen nächtlichen Festakt zu Joschis Ehren durchsetzt, ist der entscheidende Schritt zur Versöhnung getan – auch wenn der erstmal auf eine Polizeiwache in Weimar führt. Mit feiner Beobachtungsgabe, großem Einfühlungsvermögen und viel Humor erzählt Susann Pásztor eine Familiengeschichte, in der das Tragische und das Komische ganz eng beieinander liegen. ♦

Belletristik

Der Club der unerhörten Wünsche

Salvador kümmert sich nicht nur um die Sauberkeit des Flughafens: Er plaudert auch mit den Wartenden und immer wieder erzählt er die unglaublichsten Geschichten.

Salvador ist der gute Geist des Flughafens. Dreißig Jahre schon fegt er tagaus, tagein die Flughafenhalle, tröstet diejenigen, die nicht von ihren Liebsten abgeholt werden, macht Späße und vertreibt den Wartenden die Zeit bis zum nächsten Flug mit Geschichten, die er gehört und gesehen hat. Geschichten, die das Leben schrieb, wie die vom Club der unerhörten Wünsche. Wer sich dort als Mitglied einschreibt, erhält als Beitrittsprämie einen

Lebenspartner frei Haus. Oder die Geschichte von dem Mädchen, das sein Gedächtnis verloren hat und von einem plötzlich auftauchenden jungen Mann eine makellose Vergangenheit geschenkt bekommt. Ein liebenswürdiger Erzähler ist Salvador, charmant und schalkhaft, und jedem schenkt er einen Augenblick des Glücks. Amüsant und voller Lebensweisheit – ein bezauberndes Buch, das die Welt neu erfindet. ♦

☐ Stk.



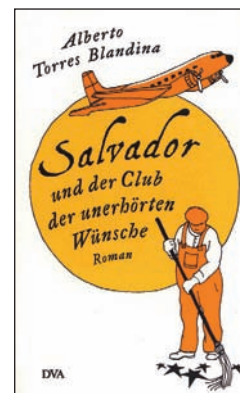
Fred Uhlman:
Der wiedergefundene Freund.
Diogenes, Zürich 1998;
116 S., 8,20 €

☐ Stk.



Susann Pásztor:
Ein fabelhafter Lügner.
Kiepenheuer & Witsch,
Köln 2010;
205 S., 18,50 €

☐ Stk.



Alberto Torres Blandina:
Salvador und der Club der unerhörten Wünsche.
DVA, München 2010;
223 S., 17,50 €

Name: _____ Adresse: _____ Unterschrift: _____

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@sloe.at

Bestellen
Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WIEN

START FREI!



Die SPÖ Wien lädt alle interessierten Mitglieder Österreichs nach Wien zum Startschuss für den Wiener Landtagswahlkampf ein.

Von diesem Wahlkampfauftakt soll ein Signal von großer Symbolkraft ausgehen: Die Wiener SPÖ wird gemeinsam die Mobilisierungsstärke der sozialdemokratischen Bewegung zeigen und das beste



SPÖ Wien

Programme für die Zukunft Wiens vorstellen. Dahersind alle SPÖ-Mitglieder Österreichs herzlich zum Startschuss für den Wiener Landtagswahlkampf eingeladen. Natürlich sind auch alle interessierten Wienerinnen und Wiener beim Wahlauftakt-Event der SPÖ Wien willkommen, der am Samstag, den 4. September 2010 um 10.10 Uhr in der Halle D der Wiener Stadthalle stattfindet.

Aus organisatorischen Gründen bitte unbedingt Anmeldung unter: Tel: 5353535; e-Mail: startfrei@spoe.at.

Buntes Rahmenprogramm

Im Rahmenprogramm für die Wien-Besucher, das von 3. bis 5. September angeboten wird, werden außerdem alle Infos zum Wahlkampf, ein Besuch im „Roten Wien-Museum“, im Wiener Rathaus und der Wahlkampfzentrale sowie Stadtführungen geboten. ♦

Die SPÖ hat Wien zur lebenswertesten Stadt der Welt gemacht. Am 10. Oktober wird es darum gehen, diese Leistung für die Zukunft zu erhalten.

INFO



Einladung zum Wahlkampfauftakt der SPÖ Wien

Ein vielfältiges Programm für die Wien-Besucher aus den Bundesländern wird bereits am Freitag, den 3. September angeboten und bis zum Sonntag, den 5. September andauern. Die Besucherinnen und Besucher aus den Bundesländern werden bei Bedarf bei Transfer- und Unterkunftsuche unterstützt.

Kontakt und Information: SPÖ Wien; 1010 Wien, Löwelstraße 18; Tel: 01/534 27-384; Wien.bildung@spw.at

TIROL

Heizkostenzuschuss: Bezieherkreis ausgeweitet



Noch ist er in weiter Ferne, doch der nächste Winter samt Minusgraden kommt bestimmt. Tirol sorgt vor und hat den Bezieherkreis für den Heizkostenzuschuss erweitert, informiert Soziallandesrat Gerhard Reheis.

SPÖ Tirol



Soziallandesrat Gerhard Reheis: Insgesamt stehen für den Heizkostenzuschuss mehr als 2,6 Mio. Euro zur Verfügung.

Vor allem Alleinerzieherinnen und -erzieher sowie Familien profitieren von der Erweiterung des Bezieherkreises für den Heizkostenzuschuss, der 175 Euro beträgt. Der Heizkostenzuschuss kann noch bis zum 30. November 2010 beantragt werden. Das Antragsformular und weitere Infos gibt es unter www.tirol.gv.at/heizkostenzuschuss. ♦

NIEDERÖSTERREICH

Gemeinden in Finanznot



Niederösterreichs Kommunen leiden unter steigenden Kosten und mangelnden Einnahmen. Die SPÖ Niederösterreich fordert daher einen Zukunftsfonds.

Das Zentrum für Verwaltungsforschung hat mit einer Studie belegt, dass immer mehr Gemeinden aufgrund der Wirtschaftskrise, der zurückgehenden Einnahmen und der massiv ansteigenden Ausgaben in finanzielle Schwierigkeiten geraten. „Wir brauchen eine landeseigene Verwaltungsreform unter Einbindung aller Parteien des Landtags sowie der Sozialpartner. Zudem braucht es den NÖ Zukunftsfonds mit 500 Millionen Euro, um die Investitionstätigkeit der Gemeinden aufrechterhalten zu können“, fordern SPÖ-Chef LHStv. Sepp Leitner und der Präsident des NÖ SPÖ-Gemeindevertreterverbandes LAbg. Bgm. Rupert Dworak. ♦



SPÖ NÖ

LHStv. Sepp Leitner und SPÖ-Gemeindevertreterverbands-Präsident Bgm. LAbg. Rupert Dworak fordern einen Zukunftsfonds zur Unterstützung der niederösterreichischen Kommunen.

STEIERMARK

„Verursacher der Krise müssen zahlen“



Landeshauptmann Franz Voves spricht im „SPÖ Aktuell“-Interview über die kommende Landtagswahl und die anstehende Budgetkonsolidierung.

„SPÖ Aktuell“: Herr Landeshauptmann, warum glauben Sie, dass Sie wiedergewählt werden?

Franz Voves: Weil wir in den vergangenen fünf Jahren ehrliche und erfolgreiche Arbeit für alle Steirerinnen und Steirer geleistet haben. Daher bin ich guter Dinge, dass ich auch die nächsten fünf Jahre weiter machen kann.

Was werden Ihre Arbeitsschwerpunkte für die Zeit nach der Wahl sein?

Voves: An oberster Stelle steht die Budgetkonsolidierung. Das wird mit Abstand die schwierigste Herausforderung. Wir

müssen uns die Frage stellen: Wie viel lässt sich zusätzlich an Steuereinnahmen realisieren und über welche Steuern? Dabei wollen wir nicht erleben, dass jene wieder zur Kasse gebeten werden, die ohnehin schon unter der Krise zu leiden hatten – d. h. nicht die sozial Schwächsten, die Arbeitnehmer, der Mittelstand, die kleinen Unternehmen, sondern jene, die diese Krise verursacht haben.

ÖVP-Chef Schützenhöfer hat der SPÖ engere Zusammenarbeit vorgeschlagen. Ist das für Sie ein glaubwürdiges Angebot?

Voves: Ich hoffe, dass die Bevölkerung dieser Scheinheiligkeit einen Denktzettel verpasst. Der Herr Schützenhöfer hat das Streiten und das Schlechtmachen zum parteipolitischen Programm erklärt. Er, der fünf Jahre der Oberstreithansel in diesem Land war, stellt sich jetzt her und redet von Zusammenarbeit. Da kann ich nur den Kopf schütteln. ♦



SPÖ Stmk

Für Landeshauptmann Franz Voves steht fest: Bei der Budgetkonsolidierung dürfen nicht die sozial Schwächsten zur Kasse gebeten werden.

INFO

Wahlkampfauftakt

Der Wahlkampfauftakt der SPÖ Steiermark findet am Samstag, 28. August, in der Grazer Stadthalle unter dem Motto „Gut so. Weiter so.“ statt.

SALZBURG

Salzburg macht mobil



Mobile Internet-Surfstationen sollen Frauen mit Beeinträchtigungen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern.

Um Frauen mit Beeinträchtigungen die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, hat das Land Salzburg eine mobile Surfstation angekauft, die jeweils einen Monat lang an ausgewählten Standorten platziert wird. „Mit der neuen Surfstation, die im ganzen Bundesland mobil eingesetzt wird, wollen wir gerade jenen Frauen, die nicht so mobil oder vertraut mit der Technik des Internets sind, den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern“, betonte Salzburgs Sozialreferentin Erika Scharer. Die mobile Surfstation steht allen Frauen mit und ohne Beeinträchtigung für den kostenlosen Zugang zu der Internetdiensteseite arbeiten-in-salzburg.at und allen damit verlinkten Seiten zur Verfügung. Neben ausführlichen In-

formationen zum Thema Arbeitsmarkt in Salzburg bieten mehr als 1.800 Seiten eine schnelle Kontaktaufnahme zu Beratungs- und Betreuungseinrichtungen in der Stadt und am Land.

Hürden überwinden

Die Surfstation entspricht modernsten Ansprüchen und ist für Frauen mit Beeinträchtigungen besonders geeignet. Neben einer Blindentastatur verfügt die Surfstation über eine Vorlesesoftware und ist rollstuhlgerecht. „Frauen mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen sind in vielen Bereichen des Lebens nicht nur einfach, sondern oft doppelt benachteiligt. Gerade deshalb benötigen sie auch jede mögliche Unterstützung“, so Scharer. Informationsdefizite und Vorurteile würden nach wie vor einen unbefangenen Kontakt im Bewerbungsverfahren erschweren und die Beschäftigungschancen von Frauen mit Behinderung verringern. Mit

der mobilen Surfstation soll den Frauen nun geholfen werden, diese Hürden zu überwinden und die ersten Schritte in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. ♦



SPÖ Salzburg

Sozialreferentin Erika Scharer bei der Präsentation der mobilen Surfstation für Frauen mit Behinderung in der Lebenshilfe Radstadt.



privat

Chance für eine klimapolitische Neubesinnung

Die klimapolitischen Herausforderungen für die nächsten 10 Jahre – Fragestellungen und Lösungsansätze

„Der Klimawandel ist nicht nur ein Umweltproblem, sondern ein globales, soziales und wirtschaftliches Problem.“

Kopenhagen, Dezember 2009: Die größte Klimakonferenz aller Zeiten endet mit einem Minimalkompromiss, der als „Klimakatastrophe“ bezeichnet werden muss. FAB sollte es sein, das Kopenhagener Klimaschutzabkommen, „fair ambition und bindend“. Geblieben ist eine vage politische Deklaration ohne konkrete Ziele und Verpflichtungen.

Ihre Reduktionsziele bis 2020 dürfen sich die Industriestaaten nach dem Motto „Wer hat Lust zu freiwilligem Klimaschutz?“ mehr oder minder selbst aussuchen. Das derzeitige „Gesamtgebot“ führt voraussichtlich zu einem globalen Temperaturanstieg im Bereich von drei bis vier Grad innerhalb der nächsten 50 Jahre. Das notwendige Gesamtziel „minus 80 Prozent Emissionen“ für die Industriestaaten bis 2050 ist im letzten Moment aus dem „Copenhagen Accord“ entfernt worden.

Trotzdem besteht im Scheitern eine Chance für eine klimapolitische Neubesinnung. Ein schwaches Kopenhagen-Abkommen hätte die Klimapolitik bis 2020 gebunden. So könnte im besten Fall der Fehlschlag zu kollektivem Aufwachen und neuen Ansätzen führen.

Österreich wird sein Kyotoziel deutlich verfehlen, ein peinliches Ergebnis. Im Vergleich der EU-27 liegt Österreich am Ende der Liste – gemessen am Abstand zum Kyotoziel. Offiziell beschönigt wird durch den Zukauf von ausländischen Emissionskontingenten.

Die Hauptgründe liegen im massiv steigenden Verkehrsaufkommen, in langjährigen Versäumnissen bei der Gebäudesanierung und einem „Ökostrom-Verhinderungsgesetz“.



Fotolia

Energie sollte zu möglichst 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen – Sonne, Wind, Biomasse, Wasser – kommen.

Der Klimawandel ist nicht nur ein Umweltproblem, sondern ein globales, soziales und wirtschaftliches Problem. Nachhaltiger Lebensstil heißt, den eigenen Verbrauch an Energie und Konsumgütern auf zwei Tonnen Kohlendioxidäquivalent pro Jahr zu beschränken. Das erfordert große Veränderungen im Lebensstil, die rasch begonnen werden müssen, um den Klimawandel auf zwei Grad über vorindustriellem Niveau zu stabilisieren.

Es gilt das einfache Prinzip: Weniger Energie verbrauchen, Energieeffizienz steigern. Energie zu sparen bedeutet immer auch, Geld zu sparen und das entlastet die Budgets der Privathaushalte genauso wie öffentliche Budgets.

Dann sollte die verbleibende Energie zu möglichst 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen – Sonne, Wind, Biomasse, Wasser – kommen. Das sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region. Österreich hat dafür beste Voraussetzungen.

Und: Diese Leitlinien für die österreichische Klimapolitik müssen gegen kurzfristige Teilinteressen starker Lobbygruppen durchgesetzt werden.

Die wichtigsten Eckpfeiler einer nachhaltigen und erfolgversprechenden österreichischen Klimapolitik bis 2020:

1. Umfassende ökologische Steuerreform
2. Kostenwahrheit im Verkehr
3. Investitionsoffensive im Öffentlichen Verkehr
4. Umwandlung des Ökostromgesetzes nach deutschem Vorbild
5. Anwendung der Wohnbaufördermittel für eine umfassende Sanierungsoffensive im Gebäudebestand
6. Passivhausstandard für ALLE Neubauten
7. Mittelfristiges Ziel: 100 Prozent Erneuerbare Energie
8. Klimagerechtigkeit als Leitprinzip der EU- und Außenpolitik

Wolfgang Mehl war von 1995 bis 2009 Geschäftsführer von Klimabündnis Österreich. Zwischen 1995 und 2009 vertrat er die entwicklungspolitischen NGOs in der österreichischen Delegation zu den UNFCCC Weltklimakonferenzen. Mehl lebt seit 2009 in Nordschweden und arbeitet dort mit regionalen Energie- und Klimaschutzprojekten.

Die Einführung der Mindestsicherung und die Diskussion um die allgemeine Wehrpflicht haben unsere Leserinnen und Lesern in der letzten Woche besonders beschäftigt. Eine kleine Auswahl der zahlreichen Briefe, die uns hierzu erreicht haben:

Werte Redaktion,

über die derzeitige Diskussion um die Wehrpflicht kann ich mich nur wundern. Vom Grünen Peter Pilz ist seit Jahr und Tag bekannt, dass er das Bundesheer abschaffen will. Jetzt tut er so, als wolle er es reformieren, um es zu retten und kündigt sogar vollmundig ein Volksbegehren an. Überhaupt empfinde ich es als eine Frechheit, wie er die Leistung unserer Soldaten schlecht macht. Wenn man einmal in einer Hochwasserregion war und gesehen hat wie die jungen Burschen mit vollem Einsatz für die Sicherheit und den Schutz der Anwohner arbeiten ist man froh, dass es die Wehrpflicht gibt. Pilz soll den Menschen, denen das Wasser im Keller steht und die auf die Hilfe unseres Heeres angewiesen sind, erklären, dass er es abschaffen

will. Ich kann mir nicht vorstellen, dass er dabei auf viel Gegenliebe stoßen wird. Meine Meinung steht daher fest: Die Wehrpflicht soll beibehalten werden.

Traudi Huber, Steyr

Liebe SPÖ-Mitarbeiter

Ich begrüße es sehr, dass es der SPÖ gelungen ist, sich bei der Einführung der Mindestsicherung gegenüber der ÖVP durchzusetzen. Es kann nicht sein, dass eines der reichsten Länder der Welt tatenlos zusieht, wie die Schere zwischen Arm und Reich hierzulande immer weiter auseinandergeht. Die Krise hat gezeigt, wie schnell es heute passieren kann, dass man seine Arbeit verliert. Wenn Banken aus der Not gerettet werden, dann dürfen Menschen erst recht nicht alleine gelassen werden.

Martin P., per E-Mail

Sehr geehrte Redaktion,

Diese ganze Debatte um sozialen Missbrauch im Zusammenhang mit der Mindestsicherung geht mir, gelinde gesagt, auf die Nerven. Voraussetzung, um diese zu beziehen, ist, dass sich die Bezieher dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen und das ist ja auch richtig. Die meisten Arbeitslosen wollen aber ohnehin wieder arbeiten, es muss ihnen nur mehr dabei geholfen werden. Und sie müssen abgesichert sein, wenn der Arbeitsmarkt sie zurückweist. Ich bin jedenfalls überzeugt davon, dass kaum jemand die Mindestsicherung in Anspruch nimmt, der eine Alternative dazu hat. Hier von sozialem Missbrauch zu reden, finde ich völlig verfehlt.

Jonas Maier, per E-Mail

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Manfred Lampelmayer, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schöneck, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Johannes Zinner, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: Leykam Druck, Wr. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

Samstag, 3. 7. bis Sonntag, 29. 8. Bädertour

Die Wiener SPÖ geht im Sommer auf große Bädertour: Vor Wiens Freibädern werden im Juli und August jeweils von 9.00 bis 13.00 Uhr Wasserbälle und CDs verteilt und gute Laune verbreitet. Partymusik sorgt dazu für echtes Summerfeeling.

Strandbad Stadlau:	17. 7.
Stadionbad:	3. 7. ; 24. 7.; 13. 8.
Laaerbergbad:	4. 7.; 9. 7.; 5. 8.; 11. 8.
Kongressbad:	10. 7.; 29. 7.
Strandbad Angelbad:	11. 7.; 12. 8.
Simmeringer Bad:	13. 7.; 20. 7.; 27. 7.; 4. 8.
Strandbad Alte Donau:	31. 7.; 16. 7.
Strandbad Gänsehäufel:	30. 7.; 7. 8.; 15. 8.
Höpfelbad:	21. 7.; 6. 8.
Liesinger Bad:	18. 7.; 19. 8.
Theresienbad:	23. 7.; 21. 8.
Hietzinger Bad:	22. 8.
Ottakringer Bad:	25. 7.; 26. 8.
Döblinger Bad:	15. 7.; 27. 8.
Großfeldsiedlungsbad:	22. 7.; 28. 8.
Donaustädter Bad:	28. 7.; 29. 8.
Schafbergbad:	8. 7.

Beginn: jeweils 9.00 Uhr

Sonntag, 5. 9.

Fest

Die Junge Generation (JG) veranstaltet ein großes Integrationsfest im Saarpark in Döbling. Alle, denen ein tolerantes Miteinander und interkultureller Erfahrungsaustausch wichtig ist, sind herzlich eingeladen.

Beginn: 9.00 Uhr
Saarpark, 1190 Wien

NET NEWS

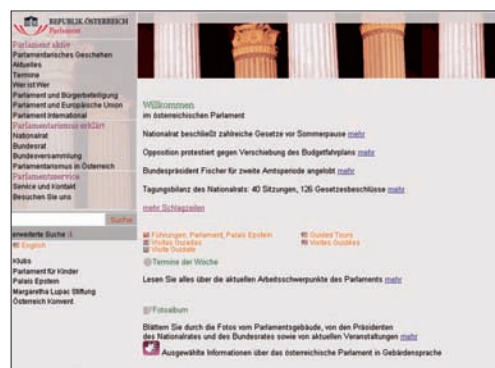
Alle Parlamentsdebatten der II. Republik online

Kürzlich öffnete eines der wohl interessantesten und historisch wertvollsten Archive der Republik Österreich seine digitalen Pforten: Ab sofort sind sämtliche Parlamentsdebatten der Zweiten Republik aus Bundes- und Nationalrat online abrufbar. Demnächst wird dazu auch eine detaillierte Suchfunktion verfügbar sein. Beginnend mit der konstituierenden Sit-

zung vom 19. Dezember 1945 finden Interessierte die gesammelten stenographischen Protokolle aus 65 Jahren des österreichischen Parlamentarismus in digitaler Form.

Zum Vergleich: Auf Papier würden die jetzt veröffentlichten Dokumente einem Gesamtumfang von insgesamt rund 180.000 Seiten entsprechen. ♦

www.parlament.gv.at





In Zagreb...

...haben sich vor kurzem Bundeskanzler Werner Faymann und die kroatische Ministerpräsidentin Jadranka Kosor zu Gesprächen getroffen. Hauptthema war die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und Kroatien sowie der EU-Beitritt Kroatiens.



In Wien...

... fand im Bundeskanzleramt die Überreichung des Großen Goldenen Ehrenzeichens am Bande für Verdienste um die Republik Österreich an den luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker durch Bundeskanzler Werner Faymann statt.

In Gebärdensprache...

...wurden Sozialminister Rudolf Hundstorfer und die kleinen Besucherinnen und Besucher der KinderuniWien bei einem Workshop unterwiesen. Der Sozialminister und die Kinder gebärden auf dem Bild den Begriff „Schmetterling“.



In Vorträgen...

...berichten ehemalige Alkolenker über die fatalen Folgen von Alkohol am Steuer. Diese Vorträge im Rahmen der von Verkehrsministerin Doris Bures gestarteten Kampagne „Close to“ werden nun auch in die Bundesheer-Grundausbildung einbezogen. Damit soll bei den Rekruten das Bewusstsein für die Folgen von Alkoholfahrten geschärft werden, so Verteidigungsminister Norbert Darabos.

In Freistadt...

...besuchte Gesundheitsminister Alois Stöger das dortige Landeskrankenhaus und unterstrich die große Bedeutung des Spitals für die Versorgung der Bevölkerung. „Dieses Haus der Gesundheit ist genau das, was die Menschen in der Region brauchen“, so Stöger.

